

Bezugspreis:

3 Reichsmark 30.— M., monatlich 10.— M., ...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtgepaltene Anzeigenzeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 4. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die internationalen Kredite.

Paris, 3. Juni. Der Internationale Ausschuss für die Kreditgewährung ...

Seimat während der Fortführung der Verhandlungen gefordert werden.

Lloyd George bestritt mit Nachdruck, daß ihm irgend etwas davon bekannt sei, daß in Frankreich über die Verhandlungen ...

Amsterdam, 3. Juni. Laut „Daily News“ erklärte Krassin bei einer Besprechung mit Lloyd George, daß sich für Verhandlungen folgende drei Möglichkeiten ergäben:

Der Vormarsch der türkischen Nationalisten.

Rotterdam, 4. Juni. (T.N.) „N. A. C.“ meldet aus Vardö: Aus Konstantinopel kommt der Bericht, daß die Nationalisten nicht bei der Hauptstadt neue Erfolge errungen haben.

Wiederaufnahme des Handels bei gleichzeitiger Fortsetzung des Krieges.

Wiederaufnahme des Handels bei gleichzeitigem Friedensschluß und endlich

Ausschub der Frage der Handelsbeziehungen bis zur Wiederherstellung des Friedens.

Die letzte Möglichkeit bezeichnet „Daily News“ als die am wenigsten wünschenswerte, und die erste als die wahrscheinlichste.

Gasarbeiterstreik in England.

London, 4. Juni. (Reuter.) Bei der Abstimmung der Gasarbeiter des ganzen Landes stimmten gestern Abend 96 Proz. für den Streik.

Lloyd George über Krassins Besuch.

London, 4. Juni. In einer Erwiderung auf die Anfrage über den Besuch Krassins und sein Beglaubigungsschreiben erklärte Lloyd George:

Krassin ist der Führer der russischen Delegation, die die kooperativen Organisationen vertritt, aber er ist auch Minister der Sowjetregierung, und als solcher handelt er zweifellos im Namen der Sowjetregierung.

Lloyd George fügte hinzu, es müßten noch gewisse Fragen aus dem Wege geräumt werden, bevor die englische Regierung sich überhaupt in Verhandlungen einlasse.

Renaudel und die Ruhrkohlenfrage.

Einer Meldung aus Paris zufolge hat der französische Sozialist Renaudel in einem Gespräch über die Verhältnisse in Deutschland geäußert, während des Rapp-Putschs wäre es nützlich gewesen, wenn Frankreich das Ruhrgebiet besetzt hätte.

Das Schicksal der Türkei.

Aus türkisch-sozialistischen Kreisen wird uns geschrieben: Der Vertrag von San Remo ist ein Produkt des rein kapitalistisch-imperialistischen Geistes, ein Mittel zu rücksichtsloser ökonomischer Ausbeutung.

Den Anfang hat die englische Militärherrschaft bereits in Konstantinopel gemacht. Dort wird seit der Besetzung jede freie Meinungsäußerung rücksichtslos unterdrückt.

Wenn nach jahrzehntelangen Entbehrungen und Kriegen heute das türkische Volk — in seiner übertriebenen Mehrheit Landproletariat — in Anatolien mit der Waffe in der Hand weiterkämpft, so geschieht dies nur, um ureigenes türkisches Land vor Fremdherrschaft zu bewahren.

Wenn wir die Politik der Entente aufs Schärfste beurteilen und die Sozialisten aller Länder zu energischem Protest aufrufen, so sind wir doch weit davon entfernt, die Politik der herrschenden Klassen in der Türkei gutzuheißen.

Für die Türkei wie für alle unterdrückten Länder ist die wahre Befreiung schließlich nur durch den Sieg des internationalen Sozialismus möglich.

Schützt die Versammlungsfreiheit! Das heftige Gesamtministerium erläßt folgende Bekanntmachung: In den letzten Tagen sind wiederholt ernste Störungen öffentlicher Versammlungen durch politische Gegner vorgekommen.

Außenpolitik und Wahlen.

Die Schicksalsfrage des 6. Juni.

Der 6. Juni wird nicht nur eine innerpolitische, sondern noch viel mehr eine außenpolitische Entscheidungsschlacht sein. Die Konferenz von Spa ist verlegt worden, um zu vermeiden, daß die deutschen Regierungsvertreter durch eine „external préoccupation“ ...

Am 28. Juni wird es ein Jahr, seit Hermann Müller den Vertrag von Versailles unterzeichnete, angeführt der Vertreter von England, Siam, Frankreich, Liberia, Japan, Bolivien, Honduras, Italien, Guatemala, den Vereinigten Staaten, Haiti — wer zählt die Völker, kennt die Namen? — die sich unter dem Vorhild des „Ligers“ versammelt hatten.

Und nun begann das jähe Ringen unseres sozialdemokratischen Außenministers. Die feindlichen Mächte waren und sind falsch informiert über Deutschland. Sie haben sich auch heute noch nicht von der Kriegshysterie befreien können, die in dem bekannten Wort „Deutschland wird bezahlen“ ...

Aus dem Loch im Westen drachten die deutschen und ausländischen Schieber zu Wucherpreisen den Schuld aus amerikanischen, englischen und französischen Heeresbeständen, von dem die Zivilbevölkerung Frankreichs und Belgiens nichts wissen wollte.

Solche und ähnliche Tollhausgeschichten konnte man noch vor einem halben Jahre in der Presse der Alliierten lesen. Freilich bemühten sich die Alldeutschen auf der einen Seite, die Unabhängigen auf der anderen, diesen Märchen immer wieder neue Nahrung zu geben.

fügt, daß unsere Berufsdiplomaten alle aus der wilhelminischen Schule hervorgegangen waren, daß zum Beispiel der Vorsitzende der Pariser Friedensdelegation derselbe Herr von Versner war, der jetzt für die Partei Stinnes reist, dann wird man sich ein schwaches Bild von den Schwierigkeiten machen können, mit denen der sozialdemokratische Außenminister zu kämpfen hatte.

Die bürgerliche Presse hat es an häßlichen Seitenstücken auf Genossen Hermann Müller nie fehlen lassen, weil ihm die sachmännische Vorbildung fehle. Ein einfacher Vergleich zwischen der Situation vom Juni 1919 und der Situation von heute, eine trockene Aufzählung des Erreichten im Laufe dieses Jahres wird genügen, um zu zeigen, was eine sozialdemokratische Außenpolitik zu leisten vermag, die sich nicht auf die in nebelhafter Ferne liegende „Weltrevolution“, sondern auf das ungeschriebene, aber unzweifelbare Recht stützt und mit den harten Tatsachen zu rechnen weiß.

Der erste Erfolg, der in Wirklichkeit bereits eine Revision des Vertrages von Versailles bedeutet, ist der Verzicht der Alliierten auf Auslieferung der wegen Kriegsverbrechen Beschuldigten. Die Entschlossenheit Hermann Müllers in dieser Frage hätte nicht genügt, wenn es ihm nicht gelungen wäre, die Alliierten zu überzeugen, daß das deutsche Volk selbst entschlossen ist, die Verbrecher zu bestrafen.

Ein wirtschaftlich für Deutschland lebenswichtiger Erfolg war die Konzeption, die die Alliierten in der Frage der Entschädigung für die Scapa-Flow-Flotte machte.

Ein zäher Kampf mußte um die Schlichtung des Locks im Westen geführt werden. Auch hier verstand es der sozialdemokratische Außenminister sich durchzusetzen. Das Resultat ist greifbar. Am 26. Mai kostete der holländische Gulden statt 42 nur mehr 12 Mark, die dänische Krone statt 17 nur mehr 5,20 Mark, der Schweizer Franc statt 18 nur noch 6,25 Mark usw. Die Stinnes sind wieder gut deutsch gestimmt, verzichten auf ausländische Zahlungsmittel und nehmen nur mehr deutsche Mark in Zahlung.

Auf die prompte Heimführung der Kriegsgefangenen nach der Ratifizierung des Vertrages von Versailles sei nur nebenher hingewiesen.

Erfolg hatte unsere Politik in der schleswig-holsteinischen zweiten Abstimmungszone, einen Erfolg, den Genosse Köster, der neue Leiter des Auswärtigen Amtes als Staatskommissar vorbereitet hat.

Der Umkehrung in der Haltung gegenüber Deutschland tritt deutlich hervor, wenn man die Erklärung der Alliierten von London und San Remo nachliest. Wir legen keinen besonderen Wert auf die zugestandene Verlängerung der Abrüstungsfrist noch auf das im Gegensatz zum Vertrage von Versailles gemachte Zugeständnis an Deutschland, auch in der neutralen Rheinzone mit eigenen Machtmitteln für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen. Auch die platonische wirtschaftliche Solidaritätserklärung von London wiegt nicht schwer.

Anderes liegt es mit der Einladung nach Spa. Zum erstenmal sollen sich deutsche Regierungsvertreter als gleichberechtigte Teilnehmer mit den Vertretern der Alliierten an den Verhandlungstisch setzen. Unsere früheren Feinde beginnen endlich zu begreifen, daß der Vertrag von Versailles nicht durchführbar ist. Sie haben also die deutsche Regierung eingeladen, einen Vergleichsvorschlag zu machen. Von einer Ersetzung des vollen Schadens, von den phantastischen Zahlen des französischen Finanzministers ist keine Rede mehr. Man spricht von 75, 100, 120 Milliarden Goldmark. Für uns unerschwinglich zu leistende Summen. Aber darüber muß sich reden lassen, da es doch endlich gelungen ist, die Alliierten zum Verständnis und zum Verhandeln zu bringen.

Ihr gehen auf viele kleine, aber für uns wesentliche Erfolge nicht ein. Wir sprechen nicht von der erzwungenen Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Maingau, nicht von den erfolgreichen deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, nicht von der Erklärung Millerands im Senat,

Arbeiter, gebt Acht!

Ein deutschnationaler Reichstagskandidat, Bäckermeister Sauer, erklärte in einer Kandidatenrede in Sachsen:

„Die Arbeiter müssen täglich mindestens wieder zehn Stunden arbeiten!“

Der Kandidat der Deutschen Volkspartei, Bräunigk, sagte am 27. Mai in Chemnitz:

„Es müssen bindende Gesetze beschlossen werden, die das Volk zu mehr Arbeit einfach zwingen!“

Auch ein demokratischer Parteiführer, der bayerische Parteivorstande Hohmann, sprach auf dem demokratischen Parteitag in Nürnberg am 2. Mai d. Js.:

„Der Achtfundentag genügt nicht; er muß baldigst wieder beseitigt werden!“

Arbeitnehmer aller Berufs! Die wichtigsten Errungenschaften der Revolution, besonders der gesetzliche Achtfundentag ist in Gefahr, wenn die bürgerlichen Parteien eine große Mehrheit erhalten.

Wer diesen sozialen Fortschritt ansrecht erhalten will, der muß am 6. Juni

Sozialdemokratisch wählen!

der Notwendigkeit enger wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Wir verweisen nur nebenbei auf den inneren Zerfall der Entente, auf den Umkehrung gegenüber Deutschland, der in die Augen springt, wenn man ein englisches, französisches, italienisches oder amerikanisches Blatt zur Hand nimmt.

Es wäre natürlich ganz unsinnig, zu behaupten, daß wir mit dem Stande unserer Außenpolitik schon zufrieden sein können; noch unsinniger und ungerechter aber ist die Behauptung, daß zu seiner Besserung noch nichts erreicht worden ist. Alles Erreichte würde aber bis auf den letzten Rest zerstört, wenn es den Rechtsparteien gelingen würde, Einfluß auf die auswärtige Politik der Deutschen Republik zu gewinnen. Diese Parteien sind nur zum Unglück und zum Schaden Deutschlands da, und alle in der Welt, die dem deutschen Volk übel wollen, spekulieren auf ihren Sieg. Man stelle sich nur Herrn Stresemann als deutschen Außenminister vor — er wäre die neue Katastrophe!

Das deutsche Volk hat in seiner auswärtigen Politik unter sozialdemokratischer Führung den einzigen Weg zur Rettung beschritten, den es gibt. Am 6. Juni muß es zeigen, daß es auf ihm zu verharren gewillt ist.

Das Reichsverwertungsamt.

Die Angriffe der Rechten.

Kadetten der unglückliche Kriegsausgang die wohlvorbereiteten Verwertungspläne über den Rücken gemorren hatte und infolge der Zwangslage, in die das Reich wie das frühere Reichsverwertungsamt durch die verschiedenen politischen Ereignisse, wie drohende Besetzung weiterer Teile des deutschen Westens und der Westküste durch die Entente, etwaiges Vorgehen der Polen, innerpolitische Unruhen usw. gedrängt worden war, mußte über das ganze Deutsche Reich ein völlig neuer Apparat organisiert werden, der anstatt der militärischen, zur Aufstellung gelangenden Stellen sowohl die Verwaltung wie die Verwertung des Heeresgutes übernahm. Die Schaffung eines solchen, durch Umfang und Kompliziertheit seiner Aufgaben beispiellosen Organismus konnte trotz Zuhilfenahme hervorragender kaufmännischer Kräfte nicht so geschehen werden, daß ein reibungsloses Funktionieren in allen Teilen vom Zeitpunkt der Errichtung an gewährleistet werden konnte. Das Reichsverwertungsamt sah sich alsbald nach Beginn seiner Tätigkeit den vereinigten Angriffen nicht nur des deutschen, sondern auch des internationalen Schieberturns ausgesetzt, das mit allen Mitteln verfuhr, in die Verwertung des frei werdenden Heeresgutes hineinzukommen. In wievielen tausend Fällen die Schieber, die von der nach der Revolution einsetzenden, allgemein gefeierten Gewinnhuche unterführt wurden, erfolglos ihre Hebel

sammengesetzten Händchen, das zertrümmerte Dach notwendig mit Blech oder Dachpappe abgedeckt. Man fährt Schutz ob, man repariert, Insekt und mächt. . . . trotz alledem. Doch wie klein erscheint dies alles im Vergleich zu der endlosen Trümmermasse! Verzweifelt fragt man sich: Sind Menschenhände überhaupt in der Lage, dieses Land wieder herzustellen? Und wenn es gelänge, daß hier je wieder menschliche Anstrengungen entstehen: das Glück, das unter jenen Ruinen begraben liegt, kann kein Mensch ersehen.

Jeden einzelnen, der von Krieg spricht, sollte man hier herführen und fragen: „Willst Du das?“ Und würde er trotzdem „Ja“ sagen, dann sollte man ihn niederschleichen wie einen toten Hund. . . . Wie ein von Riesenhänden zusammengedrückt Spielblechzeug sieht eine große chemische Fabrik mit ihrem Schwir von ineinandergeschobenen Röhren, Kesseln, Transmissionsen aus. Dann folgen Wiesen mit. . . was sehe ich. . . Hunderten von feinen säubereich abgefügten Obstdäumen. Die „feindlichen“ Apfelbäume sind erstochen, so, wie jene drüben in den Reihengravern. Einem Baumstumpf aber entspringt ein Reis, gleichsam eine Bejahung des Lebens. Und wir ist, als mühte dieses Reis auszuwachsen zu einem großen, die Erde beschattenden Baume, unter dessen Zweigen alle Wälder friedlich wandeln; als mühte jene Saat, die drüben in Reihengravern sorgsam gebettet ist, diesem von Granaten gepflügten Boden einst kräftig entsprossen; als mühte diesem Erdreich des Wends und Hammers, wie es menschlicher Wohnsinn schuf, eine löstliche Frucht entsprossen; der feste Wille zu einer Höherentwicklung der Menschheit, der Wille zu dem Wort: „Nie wieder!“

Der Mensch muß Herz seiner Geschichte werden. Dazu gehört, daß er aus dieser grausamen Schule der Erfahrung lerne. Demen, die die Verantwortung hatten, muß bei jedem Versuch, aus neue die Massen einzufangen, die eine unerbittliche, harte Antwort werden: „Nie wieder!“

Das hat mir die Reise durch das zerstörte Gebiet eindrucklich, unwiderstehlich ins Gehirn gehämmert.

Veränderungen auf dem Jupiter. Das Fernrohrbild des größten Planeten unseres Sonnensystems erhält sein Gepräge durch eine Anzahl heller und dunkler Streifen, die parallel dem Äquator des Planeten verlaufen. Die Äquatorzone ist meist hell; nördlich und südlich von ihr finden sich die auffälligsten dunklen Zonen, und in höheren Breiten begegnet man einigen weniger auffälligen Streifen, die zu den gleichförmig dunklen Polarzonen überleiten. Diese Gebilde gehören zweifellos nicht der Oberfläche des Planeten selbst an, sondern klammern in seiner Atmosphäre, sind also wolkenförmiger Natur. Das beweist schon der Umstand, daß sie ziemlich rasch veränderlich sind. Diese Veränderungen zeigen sich sowohl in der Zusammensetzung, der Breite und Färbung, als auch im Erscheinen besonderer heller oder dunkler Flecken von meist scharfer Begrenzung. Ein besonders großer ovaler Fleck erschien im Jahre 1878 auf der Südhalbkugel des Planeten und ist unter dem Namen „großer roter Fleck“ bekannt. Bisher war er ein gewaltiger Ausbruch glühender Dämpfe und gasförmiger Massen aus dem Innern des auch an seiner Oberfläche noch nicht ganz erkalteten Planeten. Seit einigen Monaten sind nun, wie die naturwissenschaftliche

beim Reichsverwertungsamt in Bewegung setzen, darüber geben dessen Akten reichhaltigen Aufschluß. Daß es ihnen in vereinzelten Fällen unter Mißbrauch von behördlichen Beschlüssen gleichwohl geglückt ist, Ware zu erwerben, kann unumwunden zu gegeben werden, denn auch der besteingerichtete Apparat konnte nicht ständig so unter Kontrolle gehalten werden, daß nicht diesem oder jenem der Tausenden von Angestellten gelegentlich ein Mißgriff unterlaufen konnte.

Wo die Leitung des Amtes eine fahrlässige oder unsonstere Handlung oder auch nur den Verdacht einer solchen feststellen konnte, ist unerschütterlich vorgegangen worden. Der Schuldige wurde der Staatsanwaltschaft zur Verurteilung überwiesen, das verschobene Gut eingezogen. Im Betriebe selbst wurden alle die Sicherungen eingeführt, welche neben der vorhandenen Tätigkeit eine Revision der abgeschlossenen Verträge bezweckten. Insbesondere wurde eine Abteilung für die Wiedererfassung verschobenen Freieigentums mit einer großen Reihe von Zweigstellen im Reich ausgebaut, die im engen Zusammenhang mit den Staatsanwaltschaften arbeiteten. Die in einigen An-Rechtsblättern gemachten Veröffentlichungen über die Tätigkeit des Reichsverwertungsamtes sind fast wörtlich die Wiedergabe einiger der unzähligen Anzeigen dieser Abteilung an die zuständige Staatsanwaltschaft, geben also lediglich das wieder, was das Amt bereits festgestellt und verfolgt hat. Auch andere Fälle, die vorgebracht werden, sind bereits von der zuständigen Stelle zur Aufklärung gebracht worden. Hierher gehört vor allem der zu Wahlwegen besonders ausgenützte Fall der Firma Lewin in Breslau, die angeblich zu sehr niedrigen Preisen Textilien vom Reichsverwertungsamt gekauft hat. Die völlige Unbegreiflichkeit der gegen die Firma gerichteten Angriffe ist bereits durch einen aus Vertretern sämtlicher Parteien zusammengesetzten Ausschuss der Nationalversammlung festgestellt worden, der zu dem Ergebnis kam, daß die im Auftrage der Reichsverwaltung arbeitende Firma aus dieser Tätigkeit nur einen geringen Verdienst schöpft. Auch hier war von vornherein durch Einsetzen von Kommissaren und dauernde Nachprüfung der Geschäftstätigkeit durch Sonderbeauftragte die Sicherung geschaffen, welche eine durchgreifende Kontrolle der Firma ermöglicht. In dem gleichen Rahmen betrogen sich die vom Reichsverwertungsamt sowohl im eigenen Betriebe wie bei den in seinem Auftrage arbeitenden Gesellschaften eingeführten Kontrollen.

Im übrigen wird es nur erwünscht sein, wenn der neue Reichstag bald nach seinem Zusammentritt Beratungen nehmen würde, die Geschäftstätigkeit des früheren Reichsverwertungsamtes und damit auch die in der Presse behandelten Einzelfälle untersuchen zu lassen.

Der Fall Gierke.

Die rassenantisemitische Diktatur in der Deutschen nationalen Partei.

Die Nichtwiederaufstellung der bisherigen deutschnationalen Abgeordneten Fräulein Anna von Gierke, die mütterlicherseits jüdisches Blut in den Adern hat, zeigt, daß die extremen Rassenantisemiten in der Deutschen nationalen Volkspartei vollständig das Szepter in Händen haben. Bestätigt wird diese Beobachtung durch eine Fußschrift, die Fräulein v. Gierke und ihr Vater, der Professor Otto v. Gierke, zur Begründung ihres Austritts aus der deutschnationalen Partei an die „Vossische Zeitung“ gerichtet haben. Fräulein v. Gierke betont, daß ihre Nichtwiederaufstellung lediglich aus Rücksicht auf die deutschvölkischen Elemente erfolgt sei, denn die deutschnationale Parteileitung habe ihr ausdrücklich mitgeteilt, daß „sie die Antisemiten nicht verlegen könne“. Noch interessanter ist das Schreiben des Geheimrats Prof. Dr. Otto v. Gierke an die Parteileitung, in dem es heißt:

„Da ein triftiger sachlicher Grund gegen die Wiederaufstellung meiner Tochter nicht vorliegt — ihre sozialistische Richtung kann nach unserem Parteiprogramm unmöglich als solcher gelten —, vermag ich den Grund ihres Ausschlusses lediglich in der Rachgierigkeit gegen die antisemitische Agitation zu erblicken, die wegen der Abtötung meiner Frau aus ursprünglicher jüdischer Familie gegen meine Tochter im höchsten Maße entfesselt ist und, wie der an die Spitze der neuen Kandidatenliste gestellte Name beweist, Erfolg gehabt hat. Ich halte es aber mit meiner Manneswürde für unvereinbar, fernerhin einer Partei anzugehören, in der meine Frau, meine Kinder und Enkel und damit auch ich selbst ungerügt zu minderwertigen Persönlichkeiten gestempelt werden oder doch die echte und volle Deutschtum nicht anerkannt wird. Gerade wenn die Partei für das Ziel der Zurückdrängung des un-

Wochenschrift“ erwähnt, auf der Oberfläche des Jupiter Veränderungen eingetreten, wie man sie in gleichem Umfang seit 80 Jahren nicht mehr beobachtet hat. Besonders der breite Subtropenstreifen ist jetzt in klaren Fernrohren gar nicht mehr als solcher erkennbar. In größeren Instrumenten sieht man an seiner Stelle ein Gemisch von hellen und dunklen Flecken und Streifen, und auch die Begrenzung des großen roten Flecks scheint durch diese Neubildungen ganz verändert zu sein. Die Äquatorzone ist bei weitem nicht mehr so hellglänzend, wie sie noch vor wenigen Jahren war. Auch der nördliche Streifen, der noch als tiefroter Band erhalten ist, weist in seinem Aufbau bemerkenswerte Besonderheiten auf.

Neue Mitglieder der französischen Akademie. Die Academie Francaise wählte an Stelle der verstorbenen Marquis de Segur, Edmond Rostand und Etienne Lamy die Schriftsteller Robert des Plantes, Josef Bedier und Andre Chevrillon zu Mitgliedern. Man sagt sich: nun gut und konjuriert, daß das europäische Schrifttum auch ohne diese neu erworbenen Akademiker bestehen würde.

Die richtiggestellte Preisaufgabe. Der Titel der von Prof. Weininger in der Als-Ob-Konferenz in Halle verkündeten Preisaufgabe lautet nicht: „Die Lehre von den Fiktionen in der Erkenntnistheorie von Weininger“, sondern: „Die Rolle der Fiktionen in der Erkenntnistheorie von Friedrich Nietzsche“.

Ein wohltätiger Verkauf. Ganz New York strömte zurzeit nach dem Grand Central Palace, wo ein amerikanischer Großindustrieller einen Schutzverkauf eingerichtet hat, von dem die amerikanischen Wälder stolz berichten, daß er nach Umfang und Geschäftsprinzip einzig in der Weltgeschichte dasteht. Dem Publikum, das über die hohen Preise der Schuhe bereits verzweifelt war, werden Schuhe im Werte von 5 Millionen Dollar unter dem Selbstkostenpreise angeboten. Der Volkenschaar, in dem dieser Verkauf stattfindet, ist buchstäblich bis zum Dach mit Schuhen und Stiefeln angefüllt. Das Publikum kann sich die Schuhe zu den ausgezeigten Preisen selbst auswählen. Mehr als eine Million Paar Schuhe werden auf diese Weise zu Preisen angeboten, die geringer sind als gewöhnlich die Herstellungskosten in den Fabriken betragen. Der Unternehmer, der sich diese kostspielige großartige Aktion leistet, macht sich dadurch für künftige Zeiten äußerst populär.

Theater. Die nächste Uraufführung des Großen Schauspielhauses bringt die „Histrakala“ des Aristophanes in der Bearbeitung von Leo Greiner.

Das Kaiserlich-königliche Berliner Museum kaufte soeben eine große Anzahl von großartigen Werken lebender Künstler, wozu noch mehrere Geschenke von Liebermann, Dittl, Corinth kamen.

Neuer Beweis der Abkammungstheorie. Mit Dr. E. Stieler am Montag, den 7. Juni, 8 Uhr in der Humboldt-Hochschule, Aula No. 66 einen unentgeltlichen Lichtvortrag.

Nach ein Theaterfandol. Bei der Uraufführung von „Lustspiele“ (Sartorius-Landier) durch die Hamburger Kammeroper gab es gleich zu Beginn einen Theaterfandol, dem aber durch die Polizei ein Ende gemacht wurde.

Das italienische Oberhaupt in der Wiener Volkoper hat mit einem Festbetrag von 120 000 Lire geschlossen.

Bilder aus der Wahlzeit.

Das Mütterchen.

Ich unterhalte mich mit der Mutter meiner Nachbarin über die kommenden Wahlen. „Und was wählen Sie denn, Mütterchen?“ frage ich nach einer eingehenden politischen Debatte.

„Ich — ich wähle — was mein seliger Mann schon immer gewählt hat — ich wähle rot.“

„Ja — rot — also welche Partei Sie wählen, meine ich.“

„Na, eben die rote.“

Ich verneige mir eine neue Frage und verlaufe mich auch logische Beziehung.

Vielleicht. . . vielleicht wäre sie bald überholt. . . und mein Wochenschriftmütterchen hätte ihren alten Kopf nur mit Unmut belastet. Hochaufig aber mag sie des seligen Glaubens sein, daß. . .

Der Demagog.

Der wackelige Redner, der eben sprach, hatte immerhin nur schwachen Beifall geholt, wiewohl der Arbeiter neben mir wie wild geschlief und Bravo geschrien hatte. Nun sprach ein gemäßigterer Redner.

„Einheitsfront der Beschäftigten! heißt die Parole, unter der wir liegen werden!“ rief er in die Menge.

Der Arbeiter neben mir verächtlich die Arme.

„Heber tatsächliche Fragen darf der Streik nie wieder zu solcher Stärke entbrennen, wie das leider geschehen ist.“

„Sehr richtig!“ rief er aus der Versammlung.

Der Arbeiter murmelte: „Der Verräter, der, laßt auch nichts weismachen!“

„Einigkeit!“ schloß nun der Sprecher. „Einigkeit, Einigkeit aller derer fordern wir, die zum schaffenden Volke gehören. Nur die kann und reiten!“

Ein Zustimmungsdonnen umquoll den Debattier.

„Erke an, wir er des Volk verhebt hat, der Demagog!“ schrie der Arbeiter mit einer Kränze im Auge.

Me lieber! . . . Ein Genosse, der kürzlich eine Reise durch das zerstörte Gebiet Nordost-Frankreich beendet hat, schreibt uns: „Kühnliche Wetter! Nicht jede Einzelheit erkennen. Der Anblick ist mir vom Felde her gewohnt, und doch greift es einem wieder ans Herz. Eine Stunde Bahnfahrt hinter Paris beginnt der Jammer; erst lacht und stößt man, um bei Kohlen, Ölsäure und Zergewerke furchbar zu werden. Ruinen und Trümmerhaufen, so weit man sieht. Gräber. Zergrast, vergiftete Wälder strecken mitten im Frühling ihre blattlosen Äste zum Himmel empor. Gelbe Truppen, Kanonen, sind aufgeschoben, um die Spuren der europäischen „Kultur“ des 20. Jahrhunderts beseitigen zu helfen. Hier und da sind Rothhändchen entstanden, aber haufen Menschen in zu-

Der Wahlkampf.

In den Armen liegen sich beide...

Die bürgerlichen Parteien bühnen bei den Angehörigen von ihre Stimmen bei der Reichstagswahl. Sie haben an hervorragender Stelle die reaktionären Führer von Angestelltenverbänden aufgestellt, die sich großspurig „Gewerkschaft und Interessensvertretung von Angestellten“ nennen. Die Deutschdemokratische Partei führt Dr. Engel und Dr. Reinold vom Arbeitgeberverband des deutschen Großhandels zusammen mit Herrn Edmund Kodes vom Verein der Deutschen Kaufleute (Hirsch-Dundersche Richtung) und Franzlein Köhler vom Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten Arm in Arm mit — Friedrich von Siemens!

Bei der Deutschen Volkspartei, die ein geheimes Bündnis mit der Deutschnationalen Partei als Wahlbündnis zur diesmöglichen Reichstagswahl getroffen hat, figuriert als Kandidat Otto Thiel vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband Arm in Arm mit dem Exrevolutionär Strelzmann.

Die Angestellten haben bei allen Parteibehandlungen die Erfahrung machen müssen, daß die genannten Vertreter der Angestelltenverbände für die Arbeitgeber Vorparaden leisteten und die Angestellteninteressen hinteransehen. Die bürgerlichen Parteien bedienen sich dieser Leute, um Stimmenfang für Arbeitgeberinteressen zu treiben. Den Arbeitgebern kann man es nicht übelnehmen, daß sie diesen Versuch machen. Denjenigen Angestellten aber, die nach den bisherigen Erfahrungen auch heute noch ihre Stimmen für solche Listen abgeben, ist nicht mehr zu helfen. Ihrer Interessen bewußte Angestellte wählen nun sozialdemokratisch.

Kanzel und Politik.

Im „Liebenwerder Arcivblatt“ vom 28. Mai war folgendes Inserat zu lesen:

Kirchliche Nachrichten.

Trinitatis. Sonntag, den 20. Mai.

Liebenwerder. Es predigt vormittags 8 Uhr: Missionar Kaufhaus, 110 Uhr: Sup. Eifelen. Thema: Wen soll ich wählen?

Die in früheren Wahlkämpfen oft gehörte Unflut des Kanzelmissbrauchs für politische Zwecke erhebt hier ihre Aufrechterhaltung. Wir sind der Ansicht, daß der Staat in diesem Falle eingreifen hat und es sich nicht gefallen zu lassen braucht, daß die von ihm beauftragten kirchlichen Politiker treiben, wobei gegen ihn, wie in vorliegendem Falle, noch auch für ihn, ein Fall, der allerdings von Pfarrern kaum zu erwarten ist.

Die vielseitige Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei wird nicht nur unter den Kapitalmagnaten und Großindustriellen, wenn es gilt, Stimmen zu fangen, so steigt sie gnädig auch einmal zu den Privatalengethellen herab. In einem an diese gerichteten Flugblatt stellt sie die Behauptung auf, sie habe entschieden und erfolgreich die Verwaltung der Angestellten in der Reichsregierung und im Betriebsrätegesetz abzuwehren gewußt.

Der Raubmord an dem Teppichhändler.

Dieses neue Kapitalverbrechen stellt die Kriminalpolizei vor eine schwere Aufgabe. Der Mord der Leute, mit denen der Ermordete durch seinen Teppich- und Bilderhandel in Verbindung trat, ist sehr groß. Außerdem hatte der Mann einen sehr regen Damentraffic. Jeder seine Privatangelegenheiten schweigend sich selber seiner Angestellten gegenüber vollständig aus. Sie wurden nicht einmal in alle seine Geschäfte, von denen viele zweifelhafter Art gewesen sein müssen, eingeweiht. Bei der Vernehmung dieser Angestellten kam denn auch wenig heraus, was über den oder die Täter von Bedeutung sein könnte. Im Laufe des gestrigen Abends meldeten sich bereits eine ganze Reihe von Leuten, die Befragungen mochten. Die ganze Nacht hindurch waren Beamte unterwegs, um diesen Angaben nachzuspüren. Ein bestimmtes Ergebnis hatten sie bis jetzt noch nicht.

Ein Ratschrei.

Der Patientenrat der Heilstätte Weelich schreibt uns: „Nach mehrmaligen Verhandlungen über Erhöhung des Hausgeldes für die Familien und Angehörigen der Patienten der Heilstätte Weelich mit den Vorständen der Landesversicherung und Ortskrankenkassen ist uns der Beschluß zugegangen, daß beide Anlagen nicht in der Lage sind, das Hausgeld zu erhöhen. Für Kranke, die schon vor dem 1. Mai in Weelich zur Kur waren, also den erhöhten Krankenbeitrag noch nicht geleistet haben, wird ein Hausgeld von 18 bis höchstens 42 M. pro Woche gezahlt. Wer soll jetzt davon leben? Hier beschließt man die Tuberkulose und die Nervenleiden und bei den Angehörigen dahinter zieht man sie groß, da diese für das geringe Hausgeld nicht einmal die rationierten Lebensmittel kaufen können. Der Vorstand einer einzigen Betriebskrankenkasse (A. C. G.) hat mit Rücksicht auf die traurige wirtschaftliche Lage das Hausgeld ohne weiteres auch für diejenigen, die vor dem 1. Mai 1920 erkrankt sind, auf 105 M. pro Woche erhöht.“

Wenn uns nicht schnell Rat und Hilfe kommt, sind wir gezwungen, unsere Kur zu unterbrechen und als Kranke Menschen zu Hause die Arbeit wieder aufzunehmen, bis wir auf der Straße zusammenbrechen und dann der Allgemeinheit zur Last fallen.“ Die Erfüllung dieser beschiedenen Forderung erscheint uns nicht nur im Interesse der Kranken und ihrer Angehörigen, sondern im Interesse der Allgemeinheit dringend notwendig.

Die Polizei am Wahltage.

Der Tag der Reichstagswahlen bedeutet für alle Polizeibeamten eine erhebliche Straftatenspannung. Sind doch allein im Wahlkreis Stadt Berlin 1468 Wahllokale zu sichern, zu denen dann noch diejenigen der Vororte Charlottenburg, Schöneberg, Bismarcksdorf, Neukölln und Lichtenberg kommen, die ebenfalls von Sicherheitspolizei gesichert werden müssen. Unabhängig von wöhnlichen Streifenmann der Sicherheitswachen findet der Tag über ein ununterbrochener reger Streifen von Wahllokal zu Wahllokal von den Sicherheitswachen statt. Außerdem erhält jedes Wahllokal einen von Beamten in Uniform, die eine Verhinderung des Wahlaktes, Verstärkung oder Verhinderung und ihres Inhalts und die Vernichtung der Wahlresultate verhindern sollen. Die Wahllokale, in denen die Wahlergebnisse aus dem zusammengefaßt werden, erhalten starke Sicherheitspolizei. Für den Fall, daß Unruhen in ganzen Stadtteilen vorkommen, sind Polizeitruppen den ganzen Tag über auf den Straßen mit Kraftwagenabriegelung gehalten. Die veritablen Polizeibeamten sind in Bereitschaft.

Bei dieser ebenso lächerlich wie verlogenen Behauptung spekuliert die Deutsche Volkspartei auf das schlechte Gedächtnis der Privatalengethellen. Denn diese wissen genau, daß sie von dieser großkapitalistischen Partei, sollte sie zum Ruhestuhl Deutschlands einmal ans Ruder kommen, nichts anderes zu erwarten haben, als neue Knebelung und Unterdrückung wie vor dem 9. November. Für Arbeiter und Angestellte gibt es deshalb nur eine Partei, der sie ihre Stimme zu geben haben, und das ist

die alte Sozialdemokratie.

Wie's trifft...

In der gestrigen Morgenausgabe der „Freiheit“ finden sich zwei an sich belanglose Notizen, die sich, wie gewöhnlich, mit der Sozialdemokratie beschäftigen. Man muß sie nacheinander lesen, um die prinzipielle Klarheit und grundsätzliche Tiefe zu ermessen, durch die die unabhängige revolutionäre Politik sich auszeichnet.

In der einen heißt es u. a., daß die Beamten nicht nur vor der Stimmabgabe für die Rechtsparteien, sondern ganz besonders für die (soll wohl heißen: vor den) ... Rechtssozialisten gewarnt werden müssen. Denn schließlich als die offenen Gegner des sozialen Fortschritts sind die Parteien, die sich zum Zwecke des Stimmenfangs ein sozialpolitisches Mantelchen umhängen, daß sie in der praktischen politischen Tätigkeit dann nicht schnell genug abwerfen können.“

In der zweiten aus Braunschweig kommenden Mitteilung beklagt sich die „Freiheit“ hingegen, daß diese selben Rechtssozialisten, vor denen sie so eindringlich warnen muß, sich nicht ohne weiteres bereitfinden, mit offenen Armen die Unabhängigen zur gemeinsamen Regierungsbildung zu empfangen: „Besonders beachtenswert ist auch die Bemerkung, die U. S. P. solle allein die Regierung bilden. Die Rechtssozialisten wissen natürlich genau, daß das unmöglich ist und unter den jetzigen Verhältnissen nicht von uns gesehen würde.“

So befindet sich die U. S. P. in der peinlichen Lage, in der sich die Sozialdemokratie im Reich befindet. Sie ist in Braunschweig die stärkste Partei, kann aber allein keine Mehrheit und keine Regierung bilden. Sie muß also Koalitionspolitik treiben und bietet nun die gleiche Sozialdemokratie, die sie sonst bekämpft und vor der sie „ganz besonders warnen“, um Unterstützung an. Und da unsere Freunde nicht ohne gewisse Garantien auf ihren Leim kriechen, so ist die U. S. P. totalglücklich. Bald so, bald so, wie's gerade trifft! Aber immer prinzipiell und revolutionär, wie es sich gehört. ...!

Das religiöse Zugmittel. Weil ein Lehrer sich weigerte, Religionsunterricht zu erteilen, da er das nicht mit seiner Überzeugung in Einklang bringen konnte, hat das Zentrum in Bernau bei Buchow, einer Stadt von 70 000 Einwohnern, den Schulrat ersucht, der sich auch auf die benachbarten Gemeinden ausdehnen wird. Die Sache ist nicht umsonst vor den Wahlen in Syene geist worden, weil die religiöse Verbesserung der Volksmassen das bekannteste große Zugmittel bildet, womit das Zentrum stets bei den Wahlen operiert hat.

Die Gemeinden im Reichswirtschaftsrat. Die Ernennungen der Vertreter der Gewerbetreibenden und Wirtschaftsträger für den Reichswirtschaftsrat sind im Gange. In letzter Stunde legt der Reichsrat des Deutschen Städtebundes Werner Süßmann in der letzten erschienenen Nr. 22 der „Kommunisten Praxis“ dar, weshalb die Gemeinden vor allem auf eine starke Vertretung im Reichswirtschaftsrat Anspruch erheben dürfen. Nicht nur als Träger des Verbraucherelements kommen sie in Betracht. Die Vertreter dieses Elementes in wirtschaftlicher Hinsicht: als Betriebsunternehmer und als Vertreter des unmittelbaren Lebensmittelerbrauchs ihrer Einwohner. Der Verfasser betont, daß der Reichswirtschaftsrat zugleich Reichssozialrat ist, und daß auch unter diesem Gesichtspunkt die Gemeinden wesentliche Mitarbeiter für sich beanspruchen müssen. Die Gemeinden sind in besonderem Maße befähigt, diese Aufgabe im Reichswirtschaftsrat sachkundig und erfolgreich zu erfüllen. Sie verfügen über die geeigneten Persönlichkeiten. Das Bedürfnis nach beratender Mitarbeit der Gemeinden bei zentralen Wirtschaftsmaßnahmen ist längst empfunden. Die Mitarbeit der Gemeinden müsse nun endlich auf eine feste gesetzliche Grundlage gestellt werden. Immer erneute Vorstellungen des Deutschen Städtebundes haben bewirkt, daß man den in ihm vereinigten Städten anstatt der ursprünglich in Aussicht genommenen 4 Sitze innerhalb der Verbraucherschaft im ganzen 6 zuteilte, allerdings mit der Verpflichtung zur Verdrängung der Reichsregierung und des Hausbesitzes. Werner Süßmann wünscht, daß auch bei den anderen allerdings entscheidenden Trägern der Wirtschaft auf eine gebührende Berücksichtigung der Kommunen Wert gelegt werde.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postanfrage bei.

Gefunden wurde ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, landend auf den Namen Georg Wank, Arbeiter, sowie eine Anzahl wichtiger Postamtspolizei. Abgeholt vom Sekretariat NW 40, in den Seiten 23, Zimmer 3.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Groß-Berlin. 2 Stück Weißbrot (14) auf 16, 16 der besten Lebensmittel. Für Personen über 70 Jahre 2 Röhren Mühlbrot (16).

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr in der Stadthalle Klosterg. 60: Vortrag des Herrn Dr. A. Rosenbrg. Aus der Geschichte der Reformation. — Harmonium: Einleitung zu „Traviata“ (Verdi). Wegen der Wahlen findet die Ummantelung am Sonntag, 13. 6. 1920, statt. — Reichsbund der Kriegsschädigten, Bezirk Köpenick. Nächste Bezirksversammlung Montag 7 1/2 Uhr im Lohndorfer, Chausseestr. 64.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Neukölln!

Trotz ein Versehen wurden in der heutigen Morgenausgabe für Sonnabend und Sonntag je eine Versammlung angekündigt; dieselben finden nicht statt!

Morgen 5. Juni:

37. Abt. Wichtige Konferenz sämtlicher Funktionäre, Betriebsvereinsmitglieder und Wahlleiter, 7 1/2 Uhr, Artillerie, Reichsstr. 26. 38. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärsversammlung bei Trümper, Hensburger Str. 4 Neukölln wichtige Tagesordnung. Vererzhagen (Lichtenberg). 8 Uhr, öffentliche Wählerversammlung bei Rabel, Dorfstraße. Vortrag des Genossen Adolf Buchold: „In letzter Stunde“.

geschäftlichen Einflusses des Judentums in unserem öffentlichen Leben und für die Abwehr der Zerstückelung des deutschen Volkes durch jüdischen Geist erfolgreich wirken will, muß sie auch den Schein vermeiden, als identifiziere sie sich mit dem jetzt wieder wild anfrühenden blinden Rassenantisemitismus. Die Flugblätter, mit denen er uns überschwemmt, offenbaren ein erstaunliches Maß von Unbildung, Gefühlsroheit, Geschichtsunkennntnis und praktischer Unvernunft. Sie erinnern an Ahlwardt und Genossen. Hat man vergessen, daß diese mit ihrem törichten Treiben den Juden schließlich mehr genützt haben, als alle Philosophen zusammen!

Professor Otto v. Guericke Protest wird nichts helfen. Die „Richtung Ahlwardt“ ist in der Deutschnationalen Partei obenauß, wobei man allerdings zur Ehrenrettung Ahlwardts betonen muß, daß selbst er nicht so schamloses und gemeines Zeug verzapft hat, wie man es jetzt in antisemitischen Flugblättern der Deutschnationalen Volkspartei vorgelegt bekommt. Das „erstaunliche Maß von Unbildung, Gefühlsroheit, Geschichtsunkennntnis und praktischer Unvernunft“ dieser Antisemitengehe wird von Professor Otto v. Guericke richtig gekennzeichnet. Aber ihm muß gesagt werden, daß auch er erst Anstoß an diesem Treiben genommen hat, als es sich verhältnißlich gegen seine Familie richtete. Und so sind wir fest überzeugt, daß Herrn v. Guericke Berufskollegen, die Röhre, Dietrich Schäfer usw., sich in ihrem wissenschaftlichen Gewissen durch diese Hezerei nicht beeinträchtigt fühlen werden, die mit unter ihrer Flagge und Verantwortung geht.

Gegenrevolutionäre Vorbereitungen in Hamburg.

Ein Kappist verhaftet.

Hamburg, 4. Juni 1920. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Hamburg ist der Leiter der Hamburger Einwohnerwehr, ein Hauptmann der Sicherheitswehr Erdmann auf Befehl des Regierungskommissars und Chefs der Polizeibehörde verhaftet worden. Der Hauptmann Erdmann, der seit längerer Zeit die oben angeführten Posten verleiht, hat gelegentlich des Kapp-Putschs und danach stets versichert, daß er verfassungstreue sei und es lagen bisher keinerlei Verdachtsmomente gegen ihn vor. Nun wurde der Hamburger Polizeibehörde mitgeteilt, daß Erdmann der Geheimorganisation der Wahrenfelder Freiwilligen 60 000 Patronen aus den Beständen der Sicherheitswehr bei zuführen wolle. Die Wahrenfelder Freiwilligen haben im März den Umsturzversuch unternommen, sie wurden dann aufgelöst, um sich aber im geheimen zu neuen Taten bereit zu halten. Die Patronen sind beschlagnahmt. Die Hamburger und Altonaer Arbeiterschaft wird einen etwaigen neuen Putschversuch im Keime zu ertöten wissen.

„Fürsorge — für wen?“ In unserem gestrigen unter dieser Überschrift gedruckten Artikel ist ein Irrtum insofern enthalten, als es sich bei dem Kandidaten der Deutschen Volkspartei nicht um den ehemaligen Finanzminister v. Rheinbaben handelt. Damit wird natürlich an der Tatsache nichts geändert, daß ein Herr v. Rheinbaben sich schon früher eminent volksfeindlich betätigt und daß infolge der Seelenverwandtschaft zwischen Konterweiben und Deutscher Volkspartei auch von dem gegenwärtigen Kandidaten der letzteren nichts Gutes zu erwarten ist.

Groß-Berlin

Wahlmaterial.

Stimmzettel, Flugblätter, Streuzettel, Plakate sind noch im Bezirkssekretariat, in den Seiten 23, etc., zu haben. Die Bezirke werden erucht, das noch benötigte Material sofort abzuholen. Der Bezirksvorstand.

Achtung, Reichstagswähler!

Der Magistrat Berlin verleiht schon jetzt an diejenigen, die nicht im Besitz des Bürgerrechts sind, die Mitteilung, daß sie nicht wahlberechtigt sind. Wir machen darauf aufmerksam, daß das nur für die Stadtverordnetenwahlen gilt. Das Wahlrecht zum Reichstag wird dadurch nicht berührt.

Die Berliner Morde.

Die Ermordung des Oberlehrers Dr. Gemberger. Frau Heise, die von Kriminalkommissar Dr. Niemann in Brandenburg als Mitwisserin des gräulichen Verbrechens festgenommen und nach dem Berliner Polizeipräsidium gebracht worden ist, wurde eingehend vernommen. Frau Heise gab eine genaue Darstellung der Vorgänge, die sich in der Zeit, während der sie als Unterrichtsleiterin bei Frau Dr. Gemberger gewohnt hat, abgespielt haben. Als ihre Bemühungen, die Scharredakteur aus ihrem Gedächtnis zu verwischen, blieben ohne Erfolg. Aber auch durch den Mörder und Frau Dr. Gemberger, die Anklägerin des Verbrechens, wurde sie immer wieder daran erinnert. Probe sich keine Gelegenheit vorübergehen, ihr seine Waffe zu zeigen und sie darauf hinzuweisen, daß darin sich noch eine Angel für sie befindet, wenn sie etwas verdrängen würde. Wie sie angibt, habe der Mensch einen geradezu hypnotischen Eindruck auf sie gemacht. Nach Entscheidung des Verordnungs durch die Untersuchungsrichterin wählte sie Probe mit der Waffe in der Hand zu bedrohen, zu schmeigeln. Er bestimmte sogar, daß sie ihren Reifekorb hergab, in dem er die einzelnen Leichenteile verpackte. Später hat dann Probe den Reifekorb nach Brandenburg gebracht. Er hatte bei dem Wohnhospiz eine Rede von 60 Mark gemacht und den Korb als Pfand zurückgelassen. Wegen Zahlung der Forderung erhielt Braulein Bierlein, die jetzige Frau Heise, den Korb anscheinend. Sie stellte ihn in ihrer Wohnung nieder, ohne ihn zu öffnen. Als Kriminalkommissar Dr. Niemann ihn dort vorfand, lag darin noch eine Blutgetränkte Zeitung vom 23. Dezember 1918, ebenso befanden sich darin noch Wollfäden, die von dem Tuche herrührten, in das die Leichenteile eingewickelt waren.

Die Birkenwerber Mordaffäre.

Die gestern vorgenommene Obduktion der Leichen der Frau Reimer und ihrer Kinder hatte den Verdacht aufkommen lassen, daß die Gatteten auch vergiftet worden seien. Diese Annahme scheint durch die weiteren Ermittlungen der Birkenwerder Polizei an Wahrscheinlichkeit zu gewinnen. Es konnte festgestellt werden, daß Reimer einige Wochen vor Wingen an einen Bekannten, bei der Reinoldendorfer Gemeindevorwaltung tätig ist, mit dem er sich befreundet hat, ihm einen Giftschrein für Matten gefertigt und auszubringen. Reimer erhielt den Schein und bezog sich das Gift. Einige Tage darauf verlor er von demselben Bekannten einen zweiten Giftschrein für Matten zu erhalten wurde mit dieser Wille aber abgewiesen. Es muß damit gerechnet werden, daß Reimer sich das Arsenik anderweitig beschafft und seine Familie damit vergiftet hat. Die Leichen sind nach Obduktion von der Staatsanwaltschaft Oranienburg freigegeben worden.

